



Informationsblätter

NATO-Ukraine-Russland: Situation und Auswege aus der Sackgasse

Inhalt

NATO-Ukraine-Russland: Situation und Auswege aus der Sackgasse	1
Zeitgeschichtliche Hintergründe	2
Die beiden „vaterländischen Kriege“	2
Russlands militärgestützte Außenpolitik: Georgien, OVKS, Syrien	2
Ukraine	3
Die NATO	3
Unterschiedliche Einschätzungen der Situation und Motivationen	4
Vizeadmiral Kay-Achim Schönbach	4
Waffen und Waffenexporte	6
Worum geht es? Interessen statt Positionen erkunden	6
Was das eigentlich Gefährliche ist	7
Russlands Forderungen und die Antwort der USA	7
Vorschläge	8
Auf der internationalen politischen Ebene:	8
Auf wirtschaftlicher Ebene	8
In der Ukraine	9
Wir brauchen ein Umdenken und einen Dialog, der sich nicht nur auf die politische höchste Ebene beschränkt.	9
Eine kleine Chronik der Eskalation:	11
Quellen	13

NATO-Ukraine-Russland:

Situation und Auswege aus der Sackgasse

Seit November 2021 wachsen die Spannungen in Osteuropa dramatisch. Russland hat 100.000 Soldat*innen nah der Grenze zur Ukraine zusammengezogen und führt verschiedene Manöver, u.a. in Belarus, Mittelmeer und Nordsee, durch. Politiker*innen der NATO sprechen davon, dass Russland einen Angriff auf die Ukraine vorbereite. Stimmen, die dieses Bedrohungsszenario infrage stellen, finden wenig Gehör oder werden, wie im Falle des Vizeadmirals Schönbach, sofort sanktioniert und zum Schweigen gebracht. Auch wenn im Januar Gespräche in verschiedenen Formaten begonnen haben, scheint die Eskalationsgefahr noch lange nicht gebannt.

Wir haben in diesem Papier einige wichtige Argumente und Fakten zusammengestellt und führen Vorschläge auf, die zur Überwindung der Krise von verschiedenen Seiten gemacht worden sind.

Zeitgeschichtliche Hintergründe

Verschiedene historische und zeitgenössische Erfahrungen werden oftmals zur Erklärung der Hintergründe und Motive für das Handeln der Parteien und die unterschiedlichen Einschätzungen des Konflikts benannt.

Die beiden „vaterländischen Kriege“

Was die Ängste Russlands angeht, so gehen sie in historische Tiefen zurück. Russland und die Sowjetunion waren seit Jahrhunderten immer wieder Ziele von expansionistischen Kriegen, angefangen von Napoleon 1812 (der erste „vaterländische Krieg“) über den Ersten Weltkrieg bis zum Zweiten Weltkrieg (der „große vaterländische Krieg“), in dem geschätzt 24 Millionen Menschen der Sowjetunion ums Leben kamen, davon über 14 Millionen Zivilist*innen.¹

Russlands militärgestützte Außenpolitik: Georgien, OVKS, Syrien

Nach 1991 hat Russland sich vor allem in den Nachbarländern, die der Sowjetunion angehört hatten und sich nicht der westlichen Allianz anschlossen, immer wieder eingemischt. 2002 wurde das Verteidigungsbündnis „Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit“ (OVKS) gegründet. Ihm gehören neben Russland Armenien, Belarus, Kasachstan (wo das Bündnis kürzlich intervenierte), Kirgistan und Tadschikistan an. Bis 1999 waren außerdem Aserbaidschan, Georgien und Usbekistan Mitglied der Vorläuferorganisation der OVKS (Usbekistan nochmals zwischen 2006 und 2012).²

Gegenwärtig gilt die Aufmerksamkeit neben der Ukraine-Frage vor allem Belarus. Dort steht zum einen die Frage eines möglichen Zusammenschlusses mit Russland im Raum (ein Vorhaben, das schon seit langem immer wieder auftaucht)³, zum anderen die Zukunft Lukaschenkos, der zwar von der russischen Regierung immer wieder unterstützt wird (u.a. mit Krediten), bei dem aber trotzdem vermutet wird, dass Moskau ihn nicht um jeden Preis würde halten wollen.⁴

Oftmals als Beweis für die Bereitschaft zu militärischer Aggression wird das Handeln Russlands im Konflikt zwischen Georgien und seinen abtrünnigen Provinzen herangezogen.⁵ Dort hatte Russland Peacekeeping-Truppen stationiert. 2008 griff Georgien Südossetien mit der Absicht an, es zurückzuerobern; Russland gewann die kurze militärische Auseinandersetzung und erkannte anschließend Südossetien als unabhängiges Land an. Ebenso sind in Abchasien – mit UN-Mandat – russische Friedenstruppen stationiert; Abchasien ist weitgehend isoliert und hat nur zu Russland Beziehungen. Von einer militärischen Aggression Russlands im Sinne einer völkerrechtlich illegalen Besatzung kann in beiden Fällen nicht die Rede sein, aber die Präsenz der russischen Truppen ist Ausdruck der militärgestützten Machtpolitik des Landes.

Dazu kommt die militärische Unterstützung der syrischen Regierung unter Assad, bei der es wohl auch um den Erhalt eines Marinestützpunktes Russlands (Tartus) am Mittelmeer geht.⁶

Ukraine

Die Ukraine hat von 1919 bis 1991 als Sowjetrepublik zur Sowjetunion gehört. In den 1930er Jahren litt das Land schwer unter der stalinistischen Führung. Als Proteste gegen hohe Getreideabgaben und die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft gewaltsam niedergeschlagen wurden, kam es zu einer verheerenden Hungersnot, der nach Schätzungen zwischen drei und sieben Millionen Menschen (nicht allein in der Ukraine) zum Opfer fielen, dem sog. „Holodomor“.⁷ Im zweiten Weltkrieg war die Ukraine von Deutschland besetzt und neben Belarus eines der Hauptkriegsschauplätze. Ein Viertel der Bevölkerung - bis zu acht Millionen Menschen, darunter 1,6 Millionen Juden – verlor sein Leben; Städte, Infrastruktur und Wirtschaft fast völlig zerstört.⁸

Als die Ukraine 1994 nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion freiwillig die auf ihrem Territorium stationierten Atomwaffen an Russland abgab, wurden ihr im auf einem KSZE-Treffen vereinbarten Budapester Memorandum von den USA, Großbritannien und Russland unter anderem zugesichert, die Unabhängigkeit und „die existierenden Grenzen“ der Ukraine zu respektieren.⁹

Der aktuelle Konflikt um die Ukraine geht zurück auf das Jahr 2013-14 und den „Euromaidan“-Aufstand („Revolution der Würde“). Er begann mit Studierendenprotesten, als im November 2013 der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch die Unterschrift unter das Assoziierungsabkommen mit der EU verweigerte. Er endete mit der Flucht von Janukowitsch und der Ernennung einer Übergangsregierung Ende Februar 2014. Gleichzeitig annektierte Russland (nach einem umstrittenen Referendum) die Krim, die ein wichtiger Marinestützpunkt Russlands ist, und russische Truppen mischten sich in die bewaffneten Auseinandersetzungen in der Ostukraine ein.¹⁰

Mit der Eingliederung der Krim in die Russische Föderation hat Russland seinen Anspruch auf die dauerhafte Kontrolle über das Territorium zementiert und schließt seitdem jegliche Verhandlungen über eine Rückgabe aus. Die besetzten Gebiete in der Ostukraine sind dagegen Teil eines fortlaufenden, über die Jahre jedoch eingefrorenen Verhandlungsprozesses (Minsk 2). Mit der völkerrechtswidrigen Ausgabe von russischen Pässen an die dort noch verbliebenen Bewohner*innen hat Russland jedoch die Grundlagen geschaffen, um dort jederzeit (nach russischem Recht legal) militärisch eingreifen zu dürfen. Militärisch ist die Ukraine Russland deutlich unterlegen, weshalb sie den Schutz der NATO sucht und diese strategische Orientierung 2019 sogar in der Verfassung festgelegt hat. Der Krieg in der Ostukraine hat bislang geschätzt 13.000 Menschen das Leben gekostet.



Die NATO

Die russische Regierung verweist immer wieder darauf, dass in den „2+4“ Gesprächen, in denen die Wiedervereinigung Deutschlands möglich gemacht wurde, US-Außenminister James Baker, Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher bei ihren Moskauer Gesprächen mit Michail Gorbatschow und Eduard Schewardnadse am 8./9. und 10. Februar 1990 mündlich das Versprechen gegeben haben, die NATO nicht nach Osten zu erweitern. Der Journalist Andreas Zumach hat dazu verschiedene Quellen zusammengetragen, die es plausibel machen, dass dieses Versprechen – das Politiker*innen heute gerne leugnen - tatsächlich gegeben wurde, auch wenn es seltsam anmutet, dass diese Vereinbarungen nicht verschriftlicht wurden.¹¹

Doch es kam anders: Putin hat in seinen langen Amtszeiten als Präsident und Regierungschef vier Erweiterungswellen der NATO (1999, 2004, 2009, 2017, 2020) erlebt. Von den westlichen Nachbarstaaten Russlands gehören inzwischen lediglich Belarus und die Ukraine noch nicht zur NATO.¹²

Es muss allerdings auch angemerkt werden, dass Russland zumindest die erste Erweiterungswelle der NATO scheinbar akzeptierte: 1997 unterzeichnete Russland die NATO-Russland-Grundakte mit der Verpflichtung: „Verzicht auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt gegeneinander oder gegen irgendeinen anderen Staat, seine Souveränität, territoriale Unversehrtheit oder politische Unabhängigkeit in einer Weise, die mit der Charta der Vereinten Nationen oder der in der Schlussakte von Helsinki enthaltenen Erklärung über die Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten, unvereinbar ist.“ Und weiter: „Achtung der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit aller Staaten sowie ihres naturgegebenen Rechtes, die Mittel zur Gewährleistung ihrer eigenen Sicherheit sowie der Unverletzlichkeit von Grenzen und des Selbstbestimmungsrechts der Völker, wie es in der Schlussakte von Helsinki und anderen OSZE-Dokumenten verankert ist, selbst zu wählen.“¹³ Im gleichen Jahr wurde auf dem NATO-Gipfel in Madrid Polen, Tschechien und Ungarn Beitrittsverhandlungen angeboten. Das müsste Russland bei der Unterzeichnung der Grundakte bekannt gewesen sein.

Zur Frage der NATO-Osterweiterung kam (vor allem unter Präsident Trump) der Ausstieg Washingtons aus dem Vertrag über antiballistische Raketen (ABM), nukleare Mittelstreckenwaffen (INF), unbewaffnete Beobachtungsflugzeuge (Open Sky) und konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE – der 1999 angepasst, aber nicht von der NATO ratifiziert wurde).

Die mögliche Aufnahme der Ukraine in die NATO passt sich da als „der letzte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringen“ könnte, ein.

Unterschiedliche Einschätzungen der Situation und Motivationen

In der NATO ist man höchst beunruhigt über die Truppenmassierungen an der Grenze zur Ukraine, die durch – auch öffentlich zugängliche – Luftbilder unzweifelhaft belegt sind.¹⁴ Dazu kommen die gemeinsamen Manöver in Belarus, für die Anfang Februar große Truppenkontingente mit schweren Waffen nach Belarus verlegt wurden, große russische Manöver in der Nordsee und Mittelmeer, ein Manöver gemeinsam mit China und dem Iran im Golf von Oman südlich des Irans¹⁵ und russische Panzerlandungsschiffe in der Ostsee¹⁶. Die Annexion der Krim 2014, die getarnte Militärintervention in der Ostukraine im selben Jahr, die russische Präsenz in Südossetien und Abchasien und das Wissen, dass Russland (genau wie die USA) die es umgebenden Länder als seinen „Hinterhof“ ansieht, sind Fakten, die diese Besorgnis nicht als völlig aus der Luft gegriffen erscheinen. Dazu kommt ein Papier von Putin aus dem Jahr 2021, „Über die historische Einheit der Russen und der Ukrainer“, in dem er schreibt, seit mehr als 1000 Jahren seien Russen und Ukrainer (und Belarussen) ein Volk, und die

Vizeadmiral Kay-Achim Schönbach

Vizeadmiral Kay-Achim Schönbach erklärt am 22. Januar 2022, dass die Befürchtung eines Angriffs Russlands auf die Ukraine „Nonsens“ sei. Bei einer Diskussion in Indien sagt er: „Hat Russland wirklich Interesse an einem kleinen Stück ukrainischen Bodens? Nein, das ist Nonsens.“ Putin wolle keinen Angriff, sondern verlange „Respekt“. Es sei einfach, Putin diesen Respekt zu erweisen, und „wahrscheinlich auch verdient“. Zur Krim setzt er hinzu: „Die Krim-Halbinsel ist weg. Sie wird nie zurückkommen.“

Diese Äußerungen zwingen ihn nach einem Aufschrei aus der NATO zum Rücktritt. Der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Harald Kujat, stellt sich hinter Schönbach: „Es muss doch unser Interesse sein, zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen, zu deeskalieren und auch zu einer Entspannung zu kommen mit Russland und natürlich immer unter Berücksichtigung auch der Sicherheitsinteressen der Ukraine. Das ist doch völlig klar.“ Es könne nicht sein, „dass wir immer nur von Krieg reden und nicht davon, wie ein Krieg verhindert werden kann“.

ukrainische Regierung wegen ihrer antirussischen Politik scharf angreift. („Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass die gegenwärtige Politik einer gewaltsamen Assimilation, der Schaffung eines ethnisch sauberen ukrainischen Staates, die sich aggressiv gegen Russland richtet, in ihren Folgen vergleichbar ist mit dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen gegen uns.“)¹⁷

Viele Politiker*innen und Militärs, auch Präsident Biden, halten einen Angriff auf die Ukraine für eine reale Gefahr. Ende Januar behauptete das britische Außenministerium, Russland beabsichtige die Einsetzung einer pro-russischen Regierung in der Ukraine.¹⁸

Die Signale von Seiten der NATO, für Beitrittsgespräche der Ukraine (und Georgiens¹⁹) offen zu sein, mussten in Russland Alarmlichter angehen lassen. Russland fordert Garantien, dass beide Länder nicht von der NATO aufgenommen werden. Ob es einen solchen Beitritt durch eine Besetzung der Ukraine verhindern will, ist dennoch zweifelhaft. Wahrscheinlich geht es Russland viel mehr darum, seine Macht zu demonstrieren und Respekt vor seinen Sicherheitsbedürfnissen einzufordern.

Die Osteuropaexpertin Margarete Klein von der Stiftung Wissenschaft und Politik beschreibt drei Szenarien. Zwei von ihnen – der Aufmarsch an der russisch-ukrainischen Grenze und die mögliche dauerhafte Stationierung von Truppen in Belarus – als „Teil von Zwangsdiplomatie ...“, um die USA und die NATO zu substantiellen Zugeständnissen zu bewegen“, verstanden werden können. Als drittes Szenario kann sie sich einen „offenen Einmarsch russischer Truppen im von Separatisten kontrollierten Teil des Donbass“ vorstellen. Alle anderen Szenarien, die diskutiert werden, seien zwar nicht auszuschließen, würden aber bedeuten, dass sie die Kalkulation des Kremls in Bezug auf die militärischen und wirtschaftlichen Kosten und innenpolitischen Risiken grundsätzlich verändert hätte, wofür es „noch keine ausreichenden Hinweise“ gebe.²⁰

Natürlich kann es keine 100-prozentige Gewissheit bei der Verneinung der Frage, ob Russland einen Angriff plant, geben, aber vieles spricht dafür, dass keine der beteiligten Regierungen einen Krieg will. Auch die NATO nicht. In den vergangenen Tagen und Wochen wurde deutlich, dass die Ukraine keinen militärischen Beistand außer der Lieferung von Waffen zu erwarten hat, sollte sie von Russland angegriffen werden.

Truppenaufmärsche, Stationierungen und Militärmanöver an den Grenzen von als „Gegner“ betrachteten Ländern und Bündnissen gehören zum Drohpotenzial einer militarisierten Außen- und „Sicherheits“politik. Jede Seite behauptet, ihr Handeln sei rein defensiv, die andere Seite bedrohe sie. Jede Seite benutzt die Aggression der anderen Seite, um ihre eigene zu rechtfertigen. Solches Handeln ist höchst gefährlich, denn aus ihm kann eine militärische Konfrontation erwachsen, selbst wenn beide Seiten dies „eigentlich“ nicht wollen. Bekanntlich wäre es in der Zeit des Kalten Kriegs mehrfach beinahe zu einem Atomkrieg gekommen, weil fehlerhafte Radare einen Anflug von Raketen meldeten.²¹ Auch wenn weder Russland noch die NATO einen dritten Weltkrieg riskieren wollen, auch eine begrenzte militärische Auseinandersetzung wäre eine europäische Katastrophe. Hauptopfer wäre die Bevölkerung in der Ukraine.

In der Ukraine gibt es 15 AKW Reaktoren an vier Standorten.²² Wenn sie in einer bewaffneten Auseinandersetzung getroffen würden, dann würde auch ein konventioneller Krieg zur atomaren Katastrophe, die auch Mittel- und Westeuropa treffen würde. Tschernobyl und Fukushima haben dafür einen Vorgeschmack geliefert.

Ein Angriff auf die Ukraine würde vom Westen mit massiven Sanktionen beantwortet. Im Einzelnen benannt wurden sie nicht, aber in den Medien ist u.a. von Unterbrechung des Zahlungssystems SWIFT, Sanktionen gegen Putin persönlich, das Einfrieren von russischen Guthaben im Ausland (was russische Oligarchen, die viel im Westen investieren, z.B. in Großbritannien, hart treffen würde²³) und der Stopp aller Exporte angesprochen. All diese Sanktionen würden die Sanktionsgeber genauso treffen wie Russland. So ist Russland wichtiger Lieferant nicht nur von Erdgas und Öl, sondern auch von Getreide. Getreidepreise würden explodieren und die Nahrungsmittelsicherheit global gefährden.²⁴ Auch die Gasleitung „Nordstream 2“, die von Verbündeten Deutschlands schon seit langem kritisiert wurde, würde gewiss endgültig nicht in Betrieb genommen. (Davon profitieren würde u.a. die US-amerikanische Wirtschaft, die schon jetzt ihre Gasexporte nach Europa verstärkt hat.²⁵)

Waffen und Waffenexporte

Ein Profiteur ist deutlich: Die Rüstungsindustrie. Der Konflikt mit Russland ist die Hauptbegründung der NATO für das seit Jahren verkündete Ziel, dass alle Mitgliedsländer 2% ihres BIP für Rüstung ausgeben sollen. Millionen werden in neue Aufrüstungsvorhaben, neue Atombomber, Drohnen, Schiffe und andere Vorhaben gesteckt.

Mehrere Länder rüsten derzeit die Ukraine auf, die außerdem auch über eine eigene gut entwickelte Rüstungsindustrie, allerdings eine nur unterentwickelte Marine und Luftabwehr²⁶, verfügt: u.a. Tschechien, Polen, Großbritannien²⁷, die USA (u.a. sog. Bunker Busters vom Typ M141²⁸), Frankreich, die Türkei und Lettland²⁹.

Die deutsche Regierung lehnt Waffenexporte an die Ukraine ab und weiß sich in dieser Position von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung unterstützt: Laut ARD-Umfrage vom 3. Februar halten 71 Prozent Waffenlieferungen an die Ukraine momentan für falsch, 20 Prozent fänden sie richtig. Neue Wirtschaftssanktionen an Russland werden von 43 Prozent befürwortet; zugleich sprechen sich 51 Prozent für ein Angebot von NATO-Sicherheitsgarantien an Russland aus.³⁰

Deutschlands derzeitiger Beitrag für das ukrainische Militär, 5000 Militärhelme, werden – obwohl die ukrainische Regierung um sie gebeten hatte - in der Ukraine und darüber hinaus eher als Witz empfunden. Kein Witz sind aber zwei andere Rüstungsbeteiligungen Deutschlands, die von der Aktion Aufschrei und dem Internationalen Versöhnungsbund-Deutscher Zweig bekannt gemacht wurden:

Zum einen geht es um eine deutsche Re-Exportgenehmigung für Haubitzen, die Estland aus ehemaligen DDR-Beständen an die Ukraine liefern will. Aktion Aufschrei, fordert, dass sie auf keinen Fall erteilt werden darf: „Denn das zweite Minsker Dokument vom 12. Februar 2015 (Minsk II), das weiterhin Grundlage der gegenwärtigen Verhandlungen ist, steht dem entgegen. Darin ist u.a. eine Sicherheitszone von 50 km festgelegt, in der keine Artilleriesysteme über 100mm-Kaliber stationiert sein dürfen. Mit einer Reichweite von 15 km müssten diese Haubitzen jedoch in der Sicherheitszone stationiert werden. Da sie ein Kaliber von 122mm haben, würde die Ukraine damit eindeutig gegen die Minsker Vereinbarung verstoßen.“³¹

Zum anderen hat die Ukraine jüngst die Kampfdrohne Bayraktar TB 2 im Donbass eingesetzt. Diese Drohne stammt aus der Türkei und wurde von Aserbaidschan 2020 gegen Armenien eingesetzt. Die Ukraine möchte weitere solche Drohnen kaufen. Doch sie sind auf ein deutsches Zielerfassungssystem der Firma Hensoldt angewiesen. So könnte die Bundesregierung mit ihrer Sperrminorität deren Export verhindern.³²

Worum geht es? Interessen statt Positionen erkunden

Was beide Seiten gemeinsam haben: Sie wollen Sicherheit, sie wollen ihre Macht demonstrieren, ihren Verbündeten zeigen, dass sie verlässliche Partner sind und auch innenpolitische Interessen bedienen.³³ Wirtschaftliche Fragen spielen ebenfalls eine große Rolle – , u.a. die Konkurrenz um Gaslieferungen nach Europa (die USA möchten ihr teilweise durch Fracking gewonnenes Gas gerne nach Europa verkaufen, was auch ein Grund für ihre Kritik an Nordstream 2 ist).

Als die Sowjetunion 1962 Atomraketen auf Kuba stationierte, hätte dies beinahe zum Ausbruch des 3. Weltkriegs geführt. Ist es so wenig nachvollziehbar, dass Russland sich heute von den NATO-Truppen in Osteuropa bedroht fühlt?

Der Konflikt ist Ausdruck auch der Neuordnung der Machtverhältnisse in der Welt. Russland will als Großmacht anerkannt werden bzw. bleiben. Das hat auch viel mit den wachsenden Spannungen zwischen den USA und China zu tun. Bekanntlich haben die USA seit einigen Jahren China als ihren "Hauptfeind" ausgemacht. Russland und China sehen sich oft als natürliche Verbündete, stimmen z.B. oft gemeinsam im Weltsicherheitsrat. Eine Schwächung Russlands ist daher auch im geopolitischen Interesse der USA.³⁴

Russlands Forderungen und die Antwort der USA

Am 17.12.21 überstellt die russische Regierung an die USA einen Vertragsentwurf, den die NATO unterzeichnen soll.

Die NATO solle ihre Osterweiterung stoppen und die Ukraine und andere ehemalige Sowjetrepubliken nicht aufnehmen, den Ausbau der militärischen Infrastruktur in Osteuropa einfrieren (Militärbasen, Waffensysteme), die Militärhilfe an die Ukraine beenden, Manöver dort beenden und keine Mittelstreckenraketen in Europa stationieren.

Russland fordert, dass die NATO die Vereinbarungen der NATO-Russland-Grundakte vom 17. Mai 1997 einhält. Dort wurde festgehalten, dass es keine militärischen Aktivitäten der NATO in Ländern des ehemaligen Warschauer Paktes geben solle und keine größeren Kampfverbände dauerhaft in den neuen Mitgliedsstaaten stationiert werden sollten. Die Stationierung von Atomwaffen wurde ausgeschlossen. Nach der Annexion der Krim durch Russland 2014 entsandte die NATO aber kleine multinationale Gefechtsverbände in die baltischen Staaten und nach Polen, die alle sechs Monate rotieren.

Die NATO antwortete Ende Januar in einem nichtöffentlichen Schreiben. Dort wurde anscheinend die „Politik der offenen Tür“ der NATO betont und ein Ende des Truppenaufmarsches an der Grenze verlangt, aber Gesprächsbereitschaft zu weiteren Fragen, darunter Gespräche zu Rüstungskontrolle und die Wiedereröffnung der diplomatischen Vertretungen in Moskau und Brüssel, signalisiert. Auch sind die USA ihrer Antwort an Russland bereit, eine dauerhafte Stationierung von Kampftruppen und bodengestützten Raketensystemen in der Ukraine auszuschließen, wenn Moskau auch entsprechende Verpflichtungen einget.

Was das eigentlich Gefährliche ist

Das Erschreckende an der gegenwärtigen Situation ist, neben der Möglichkeit, dass das gegenseitige Drohgebaren durch irgendeine nicht mehr zu stoppen scheinende Eskalation zum Krieg führt, noch etwas anderes: Das Drohszenario, das beide Seiten gegeneinander aufgebaut haben, gibt der Vorstellung eines neuen „großen“ Kriegs zwischen den Weltmächten Konturen. In Schweden patrouillieren Soldaten auf Gotland, die U-Boot-Flotten sind alarmiert, die Manöver finden in unmittelbarer Nachbarschaft zu der anderen Seite statt. Ein Krieg ist denkbarer geworden, als Möglichkeit näher gerückt, weil die Vorbereitungen auf ihn zugenommen haben und längst nicht mehr nur an den Tischen der Regierungen, der NATO und auf Truppenstützpunkten stattfinden. Wie auf Gotland werden sie allen Bürger*innen sichtbar – sofern diese nicht von den nicht enden wollenden Meldungen über die Coronapandemie so abgelenkt sind, dass sie sie nicht wahrnehmen wollen und können. Die – zugegebenermaßen kleinen – Friedensorganisationen in Russland und der Ukraine haben ihrer Sorge deutlich Ausdruck verliehen und geben beiden Seiten gleichermaßen Schuld an der Situation.³⁵ Die Rüstungsvorhaben der NATO und der EU, von dem Bau neuer Flugzeuge zum Transport von Atombomben (F 18 oder F 35), den FCAS³⁶ und die sog. Modernisierung der Atombomben bis hin zu Drohnen, Marineschiffen usw., das Zwei-Prozentziel der NATO usw. finden eine Rechtfertigung in dieser Krise. Militärische Stärke, Abschreckung durch Atomwaffen, Aufrechnen der Truppenstärken und Waffentypen sind auf einmal wieder Diskussionsthema.

Es scheint, als ob die Politik selbst darüber bis zu einem gewissen Maße erschrocken ist – anders lassen sich die vielfältigen Gesprächsformate der letzten Wochen nicht erklären. Wir begrüßen die Aktionen aller Politiker*innen, die sich für eine solche Deeskalation einsetzen. Wir wiederholen: Nach unserer Überzeugung will niemand Krieg, und vielleicht gelingt eine Deeskalation durch die Diplomatie. Aber noch reicht das, was gemacht wird, bei Weitem nicht aus. **Wir brauchen ein Umdenken weg von einer rein sicherheitslogischen Betrachtungsweise, die auf Waffen und Abschreckung setzt, hin zur Schaffung von gemeinsamer Sicherheit.**

Vorschläge

Wir haben hier die Vorschläge versucht zusammenzustellen, die von verschiedenen Kreisen der Friedensbewegung und darüber hinaus gemacht wurden³⁷, und fügen unsere eigenen Gedanken hinzu.

Auf der internationalen politischen Ebene:

- Es gibt keine militärische Lösung der Krise. Deshalb braucht es erste Schritte, die sie deeskalieren. Beide Seiten sollten ihre Truppen von der Grenze zurückziehen³⁸ und
- ein Moratorium für Manöver in Osteuropa aussprechen.
- Es braucht eine Fortsetzung der Gespräche auf allen Ebenen, von bilateralen Gesprächen über die OSZE, den Europarat bis hin zum NATO-Russland-Rat. Pax Christi weist darauf hin: „Für eine Verständigung zwischen Russland und dem Westen gibt es zahlreiche Formate, die unter Einbeziehung der Ukraine genutzt werden müssen. Die Charta von Paris aus dem Jahr 1990, die Achtung und Zusammenarbeit als Grundlage der gegenseitigen Beziehungen bestimmt und die jede Androhung und Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Integrität von Staaten ächtet, ist dafür die Grundlage.“³⁹
- Eine hochrangige Konferenz, die auf der Grundlage der fortbestehenden Gültigkeit der Helsinki-Schlussakte 1975, der Charta von Paris 1990 und der Budapester Vereinbarung von 1994, aber ohne Vorbedingungen und in unterschiedlichen Formaten und auf verschiedenen Ebenen über das Ziel einer Revitalisierung der europäischen Sicherheitsarchitektur berät. Solange diese Konferenz tagt, sollten beide Seiten auf jede militärische Eskalation (Stationierungen usw.) verzichten.⁴⁰
- Wiederaufnahme der Gespräche über eine Revitalisierung und Anpassung des KSE-Abrüstungsvertrags.⁴¹
- Im Jahr 2025 sollte, wie von Finnland vorgeschlagen und von zahlreichen NROs unterstützt, eine Konferenz nach Vorbild der KSZE 1975 stattfinden.⁴²
- Verhandlungen über eine überprüfbare Konvention über das Verbot unkonventioneller und irregulärer Kriege.⁴³
- Die Sanktionen gegen Russland haben nur zur Verhärtung der Lager beigetragen. Deshalb sollten sie zurückgenommen werden (vielleicht als Antwort auf eine deeskalierende Geste Russlands, z.B. den Abzug der Truppen von der Grenze) und wirtschaftliche Zusammenarbeit verstärkt werden. Die russische Wirtschaft ist stark abhängig von dem Export fossiler Energieträger; mit der Abnahme der Nachfrage nach ihr könnten neue politische Instabilitäten in Russland entstehen.⁴⁴
- Die europäische Rüstungskontrolle sollte auf allen Ebenen wiederbelebt werden (INF, SCE, Vertrag über den offenen Himmel)⁴⁵ und auch die Aufnahme von Gesprächen zur Abschaffung aller Atomwaffen, wie es im AVV vorgesehen ist.
- Europa zur atomwaffenfreien Zone machen, indem alle Atomwaffenarten, auch Kurzstreckenraketen, abgezogen und abgerüstet werden.
- Verzicht der NATO auf eine Aufnahme der Ukraine. Das Grundrechtekomitee weist zurecht darauf hin, dass „ein Beitrag zur Förderung der Sicherheit des Bündnisses – laut NATO-Vertrag Voraussetzung für die Aufnahme neuer Mitglieder – durch einen Beitritt der Ukraine nicht gegeben“ wäre.⁴⁶
- Entmilitarisierte Sicherheitskorridore zwischen Ost und West⁴⁷
- Keine Rüstungsexporte, auch nicht über dritte Seiten, an die Ukraine.⁴⁸
- Unterstützung der Entwicklung von Formen alternativer, gewaltfreier (Sozialer) Verteidigung durch die Staaten, die sich von Russland bedroht fühlen oder es sind.

Auf wirtschaftlicher Ebene

Der Journalist Zumach schlägt Maßnahmen vor, um eine Entspannung auf dem wirtschaftlichen Gebiet zu erreichen:

- „Seitens Russlands: Offizielle Rücknahme der Androhung Russlands von 2017 gegenüber der Ukraine, die Gaspreise um 80 Prozent zu erhöhen. Daneben verbindliche Zusage, dass ein garantiertes Gas-Kontingent weiterhin durch die ukrainischen Pipelines fließt und der

Ukraine Durchleitungsgebühren sichert. Außerdem Abbau von Wirtschaftssanktionen gegenüber westlichen Staaten (vornehmlich deren Landwirtschaft).

- Seitens des Westens: Abbau anstatt Verlängerung und Verschärfung von Wirtschaftssanktionen der USA und EU gegenüber Russland.
- Gemeinsam: Nordstream II als fertiggestelltes Infrastrukturprojekt schrittweise alternativ nutzen, z.B. für einen Wasserstoff-Transport, wobei dieser in Russland zunächst aus fossilen und später mit Hilfe westlicher Technologien auch umweltfreundlich („grüner Wasserstoff“) gewonnen werden könnte; Untersuchungen haben gezeigt, dass notwendige technische Nachrüstungen machbar wären; Ökologischen Bedenken sollte entgegengehalten werden, dass ein übergangsloser Sprung zu ökologisch erzeugter Energie nirgendwo auf der Welt möglich sei.“⁴⁹

Und an anderer Stelle schrieb er

- „Entspannung, Verhandlungen und Kooperation zwischen dem Westen und Russland sind aber nicht nur in den militärischen Bereichen der Sicherheitspolitik dringend erforderlich, sondern auch in der Energiepolitik. Es liegt im herausragenden gemeinsamen Interesse aller Menschen auf dem eurasischen Kontinent - und darüber hinaus -, dass die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens erreicht werden. Dieses Ziel wird aber krachend verfehlt werden, wenn Russland und seine Volkswirtschaft in der derzeitigen Abhängigkeit von den fossilen Energieträgern Öl und Gas verbleiben. Deutschland und seine EU-Partner sollten daher alle nur erdenklichen Anstrengungen unternehmen, um Russland bei der Diversifizierung seiner Volkswirtschaft und der schrittweisen Befreiung aus dieser fatalen Abhängigkeit zu unterstützen. In diesem Kontext könnte die umstrittene Nordstream-2-Pipeline vom Zankapfel zu einem Kooperationsprojekt werden in dem die EU-Länder Russland die notwendigen Technologien zur Erzeugung von Wasserstoff mit Hilfe von Solar- und Windenergie zur Verfügung stellen und anstelle von Gas dann dieser Wasserstoff durch die Pipeline geliefert wird. Den richtigen Vorschlag für ein gemeinsames Wasserstoffprojekt, den Bundesaußenministerin Annalena Baerbock bei ihrem Besuch in Kiew gemacht hat, hätte sie auch in Moskau unterbreiten sollen.“⁵⁰

In der Ukraine

- Die Ukraine könnte von sich aus erklären, dass sie auf einen Antrag auf NATO-Mitgliedschaft verzichtet (wie dies auch Finnland und Schweden seit Jahrzehnten tun), um auch die Spaltung in der eigenen Gesellschaft zu überwinden. Ob das auch bedeuten muss, wie einige Appelle aus der Friedensbewegung verlangen, dass sie eine Brückenfunktion zwischen Ost und West einnehmen und akzeptieren solle⁵¹, kann hier nicht ausdiskutiert werden, wir möchten hier aber ein Fragezeichen setzen.
- Die Vereinbarungen von „Minsk 2“ müssen von beiden Seiten vollständig umgesetzt werden; dazu gehört auch die Durchführung von regionalen Wahlen in der Ostukraine.
- Ein vollständiger Waffenstillstand, der von allen Seiten eingehalten wird.
- Umsetzung relativer regionaler Autonomiestatuten, um eine Spaltung des gesamten Staates zu verhindern.
- Stärkung der Zivilgesellschaft in der Ukraine. Dazu trägt u.a. auch der Zivile Friedensdienst schon bei; die Kurve Wustrow und das Forum Ziviler Friedensdienst unterhalte Projekte in der Ukraine.⁵²

Wir brauchen ein Umdenken und einen Dialog, der sich nicht nur auf die politische höchste Ebene beschränkt.

- „Jede vertrauensbildende Maßnahme ist jetzt wertvoll. Dazu ... gehören Partnerschaften von Städten, Universitäten, großzügig geförderte Begegnungen in Kultur, Sport, Jugendaustausch.“⁵³ Vielfältige Dialogformate könnten Menschen aus Russland, der Ukraine und anderen Ländern zusammenbringen.⁵⁴
- Wir brauchen einen Dialog auch mit den Menschen und Politik*innen in Osteuropa, die aufgrund ihrer historischen Erfahrung Angst vor einer russischen Aggression haben. Ihnen müssen wir sagen: Nur Abrüstung und vertrauensbildende Maßnahmen können Sicherheit schaffen, keine NATO-Truppen. Denn es gilt weiterhin, wie auch schon vor

1989: Wer zuerst schießt, stirbt – im atomaren Inferno – als zweiter. Für den Extremfall möchten wir dabei auch auf die Alternative der Sozialen Verteidigung, des organisierten gewaltfreien Widerstands, hinweisen. Wir wissen auch, dass das den Menschen in der Ukraine, Polen, Rumänien oder im Baltikum vermutlich erstmal als Utopie erscheinen wird, aber ist es das wirklich, wenn die Alternative die Zerstörung Europas ist?

- Wir brauchen ein Umdenken weg von „sicherheitslogischer“, auf die Macht der Waffen und des Drucks setzenden Politik hin zu einem „friedenslogischen“⁵⁵ Verständnis von Sicherheit, die als gemeinsame Sicherheit die berechtigten Interessen aller Seiten in den Blick nimmt, die Menschheit nicht in „wir“ und „sie“ aufteilt und auf Gewaltfreiheit als einzigen nachhaltigen Weg zur Lösung von Problemen setzt.
- In der Friedensbewegung sollte darüber nachgedacht werden, welche Möglichkeiten des Protests und des Einflusses wir auf die Bundesregierung und die anderen beteiligten Regierungen haben. Es gibt inzwischen neben den Aufrufen schon einzelne öffentliche Protestaktionen und Veranstaltungen zu dem Thema. Aber im Moment sind die Stimmen derjenigen, die auf Aufrüstung, Truppenstationierungen und Abschreckung setzen, noch lauter als die zu Frieden mahnenden Stimmen.

Friedensaktivist*innen aus Russland und der Ukraine gegen den Krieg

Sowohl ukrainische wie russische Pazifist*innen haben Erklärungen gegen den Krieg herausgegeben. **In der russischen heißt es u.a.**

... Wir bringen den Standpunkt jenes Teils der russischen Gesellschaft zum Ausdruck, der den Krieg hasst und selbst den Einsatz militärischer Drohungen und krimineller Methoden in der außenpolitischen Rhetorik als Verbrechen betrachtet.

Unsere Position ist ganz einfach: Russland braucht keinen Krieg mit der Ukraine und dem Westen. Niemand bedroht uns, niemand greift uns an. Eine Politik, die auf der Förderung der Idee eines solchen Krieges beruht, ist unmoralisch, unverantwortlich und kriminell und kann nicht im Namen der Völker Russlands geführt werden. Ein solcher Krieg kann weder legitime noch moralische Ziele haben. Die Diplomatie des Landes kann keine andere Position einnehmen als die kategorische Ablehnung dieses Krieges.

Der Krieg ist nicht nur mit den Interessen Russlands unvereinbar, sondern stellt eine Bedrohung für Russlands Existenz dar. Die irrsinnigen Aktionen der politischen Führung des Landes, die uns in diese Richtung drängen, führen unweigerlich zur Bildung einer Massenanti-Kriegsbewegung in Russland. Jeder von uns wird auf natürliche Weise ein Teil davon.

Original in Russian: <https://echo.msk.ru/blog/echomsk/2972500-echo/>; Übersetzt mit www.DeepL.com/Translator (kostenlose Version)

In der Erklärung der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung heißt es:

Die Menschen in unserem Land und auf dem gesamten Planeten sind durch die nukleare Konfrontation zwischen den Zivilisationen in Ost und West in tödlicher Gefahr. Wir müssen die Aufstockung der Truppen, die Anhäufung von Waffen und militärischer Ausrüstung in der und um die Ukraine herum sowie die irrsinnige Verschwendung von Steuergeldern für die Kriegsmaschinerie stoppen. Stattdessen müssen wir die akuten sozioökonomischen und ökologischen Probleme lösen. Wir müssen aufhören, den grausamen Launen von Militärkommandanten und Oligarchen nachzugeben, die vom Blutvergießen profitieren.

Die Ukrainische Pazifistische Bewegung verurteilt die Vorbereitung der Ukraine und der NATO-Mitgliedsstaaten auf einen Krieg mit Russland.

Wir fordern weltweite Deeskalation und Abrüstung, die Auflösung von Militärbündnissen, die Abschaffung von Armeen und Grenzen, die die Menschen trennen.

Wir fordern eine sofortige friedliche Beilegung des bewaffneten Konflikts in der Ostukraine, um Donezk und Luhansk

Ukrainian Pacifist Movement: Statement, 1. Februar 2022. Quelle: <https://de.connection-ev.org/article-3444?fbclid=IwAR0ybxAKdGepwV7pBPSYDGAo-8Kn8yLIG-OoJruu-cXTwIRxoVRX7IjKADw>

Lasst uns endlich diese künstliche Grenze mitten in Europa überwinden. Europäische Staaten haben unzählige Kriege gegeneinander geführt, haben Krieg und Eroberung in alle Welt getragen, zweimal hat Deutschland den Kontinent mit einem Vernichtungskrieg überzogen. Es ist Zeit, sich der vielen positiven Dinge zu erinnern, die wir miteinander teilen. Europa ist eins, Russland ist ein Teil von ihm. Europa muss endlich zu einer Friedensmacht, zu einer Quelle des Friedens werden.

Eine kleine Chronik der Eskalation:

10.09.21: Die Länder der "Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit" (OVKS) führen wie alle zwei Jahre das Manöver „Westen“ durch. Die Manöver "Westen 2021" basieren auf einem Krisen- und Konfliktszenario, das mit "einer zunehmenden Aktivität illegaler bewaffneter Gruppen, separatistischer und internationaler Terrororganisationen mit externer Unterstützung" (Wasilij Kaschin)⁵⁶ verbunden ist. Es nehmen bis zu 200.000 Soldaten teil.

3.10.21: Die Tagesschau meldet, dass die EU eine Ausbildungsmission für das ukrainische Militär überlegt.⁵⁷

12.10.21: Beim Gipfeltreffen der EU mit dem ukrainischen Staatschef geht es um eine Beitrittsperspektive der Ukraine. Präsident Selenskyj fordert eindeutige Aussagen.

18.10.21: Russland kündigt an, ab November die Arbeit seiner ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel einzustellen. Die Begründung ist der Entzug von Akkreditierungen für acht russische Diplomaten durch die NATO. In Moskau werden das Verbindungs- und Informationsbüro der NATO und die NATO-Militärmission geschlossen.

21.10.21: Die NATO-Ministerrunde beschließt einen „Abschreckungsplan“ gegen Russland. Russland droht der NATO mit „Konsequenzen, sollten weitere Schritte zur Aufnahme der Ukraine in die NATO unternommen werden.

15.11.21: Russland zieht Truppen an der ukrainischen Grenze zusammen. Die NATO äußert sich beunruhigt. In den folgenden Wochen heißt es immer wieder: Russland würde nur warten, bis der Boden gefroren ist, so Biden und andere.⁵⁸

01.12.21: Die NATO-Mitglieder treffen sich in Riga zu einem Außenministertreffen. Thema sind die Ukraine und Russlands Truppenaufmarsch an der Westgrenze.

1.12.21: Die Zeit meldet am 1.12. folgendes: „Russland hat sein reguläres Wintermanöver im Süden begonnen. 10.000 Soldaten seien daran beteiligt, teilte das Verteidigungsministerium in Moskau mit. Demnach soll das Manöver auf mehr als 30 Übungsplätzen in mindestens sechs Regionen stattfinden. Die Übung werde auch auf der Krim abgehalten und in einer russischen Region, die an den Donbass angrenze, teilte das Verteidigungsministerium weiter mit.“⁵⁹

07.12.21: Die Präsidenten Biden und Putin telefonieren zwei Stunden lang miteinander. Die USA drohen mit umfassenden Sanktionen im Falle eines Einmarsches in die Ukraine.

10.12.21: Russland soll für ein Marinemanöver knapp 70 Prozent des Asowschen Meeres um die Halbinsel Krim herum gesperrt haben, sagt die Ukraine.

17.12.21: Russland fasst seine Forderungen an die NATO in einem Entwurf für ein Sicherheitsabkommen mit den USA und der NATO zusammen.

22.12.21: Die NATO erhöht die Einsatzbereitschaft ihrer schnellen Eingreiftruppe. Es gehe um einen möglichen Angriff Russlands.

31.12.21: Putin und Biden telefonieren miteinander. Ein Durchbruch wird aber nicht erreicht; Biden droht erneut mit Sanktionen.

6.1.22: In Moskau beraten Russland, Frankreich und Deutschland über die Ukraine-Krise, aber Kiew nimmt nicht teil, was als das Ende des „Normandie-Formats“ beschrieben wird.

10.1.22: Vertreter Russlands und der USA führen Gespräche. Die USA erklären hinterher, dass sie bereit zu Gesprächen über Rüstungskontrolle seien, aber die „Politik der Offenen Tür“ der NATO fortsetzen wollten.

12.1.22: Der NATO-Russland-Rat tagt erstmalig nach zwei Jahren wieder. Die NATO lehnt die Forderung Russlands nach Sicherheitsgarantien ab.

15.1.22: Schweden fühlt sich von Russland bedroht und schickt Soldat*innen auf Gotland auf Patrouille.

22.1.22: Vizeadmiral Kay-Achim Schönbach erklärt, dass die Befürchtung eines Angriffs Russlands auf die Ukraine „Nonsens“ sei.

24.1.22: Mehrere NATO-Staaten wollen ihre Militärpräsenz in Osteuropa verstärken; die USA und Großbritannien rufen die Familien ihrer Botschaftsangehörigen zurück und setzen 8.500 ihrer in Europa stationierten Truppen in Alarmbereitschaft. Australien spricht eine Reisewarnung für alle Ukraine-Reisenden aus.⁶⁰

26.1.22: Die NATO antwortet offiziell auf die vor Weihnachten übermittelten Forderungen Russlands. Es werden Verhandlungen über Rüstungskontrollmaßnahmen und Manöver angeboten, aber die NATO-Osterweiterung wird nicht infrage gestellt.

26.1.22: Russland und die Ukraine verhandeln mehr als acht Stunden im sog. „Normandie-Format“ unter der Vermittlung Frankreichs und Deutschlands. Es gibt erhebliche Meinungsverschiedenheiten, aber beide Seiten sagen zu, den Waffenstillstand in der Ostukraine zu wahren. In zwei Wochen soll es ein neues Treffen geben.

30.1.22: Großbritannien will die Zahl seiner Soldat*innen in der Region verdoppeln.

31.1.22: Der UN-Sicherheitsrat debattiert sehr kontrovers über die Situation.⁶¹

Die USA fordern auch die Angehörigen von Botschaftspersonal in Belarus zum Verlassen des Landes auf.

Russland setzt die im Rahmen der OSZE vereinbarten gegenseitigen Militärinspektionen bis Ende Februar aus, als Grund wird Corona angegeben.

2.2.22: Der künftige Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, Christoph Heusgen, spricht sich für deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine aus.

7.2.22: Verschiedene bilaterale Gespräche: Bundeskanzler Scholz in Washington, Außenministerin Baerbock in Kiew und der französische Präsident Macron in Moskau.

Herausgeber:

Bund für Soziale Verteidigung
Schwarzer Weg 8
32423 Minden

info@soziale-verteidigung.de
<https://soziale-verteidigung.de/>

Text: Christine Schweitzer (7.2.2022),
mit Unterstützung von Outi Arajärvi, Björn Kunter,
Ulrich Stadtmann und Renate Wanie
Die Verantwortung für den Inhalt liegt aber allein bei der Autorin.

Korrigierte Version, 8.2.22

Quellen

(alle Websites wurden zuletzt am 7.2.2022 abgerufen)

- 1 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1055110/umfrage/zahl-der-toten-nach-staaten-im-zweiten-weltkrieg/#professional>
- 2 https://de.wikipedia.org/wiki/Organisation_des_Vertrags_%C3%BCber_kollektive_Sicherheit
- 3 <https://www.sueddeutsche.de/politik/russland-belarus-lukaschenko-putin-oel-und-gaslieferungen-1.5457527>
- 4 <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/migrationskrise-mit-belarus-steht-putin-noch-hinter-lukaschenko-17634181.html>
- 5 Einzelheiten können in dem Hintergrund- und Diskussionspapier von Johanna Unewisse, „Eingefrorene Konflikte im postsowjetischen Raum“ von 2021 nachgelesen werden: <https://soziale-verteidigung.de/eingefrorene-konflikte-postsowjetischen-raum-johanna-unewisse>
- 6 <https://www.bpb.de/internationales/europa/russland/analysen/157046/syrien-und-russland-22-3-2013>
- 7 <https://de.wikipedia.org/wiki/Holodomor>
- 8 <https://www.deutschlandfunk.de/zweiter-weltkrieg-in-der-ukraine-ein-riesiger-blinder-fleck-100.html>
- 9 <https://www.dw.com/de/die-vergessenen-garantien-f%C3%BCr-die-ukraine/a-18110670>
- 10 <https://taz.de/Konflikt-mit-Russland!/5828825/>
- 11 <https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/013999.html>
- 12 Die NATO-Osterweiterung in den 1990er Jahren wurde im Übrigen auch von etlichen Politiker*innen in den USA kritisiert und als Fehler bezeichnet Siehe <https://de.wikipedia.org/wiki/NATO-Osterweiterung>
- 13 <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/grundakte-ueber-gegenseitige-beziehungen-zusammenarbeit-und-sicherheit-zwischen-der-nordatlantikvertrags-organisation-und-der-russischen-foederation-1-803640>
- 14 Zum Beispiel https://www.focus.de/politik/ausland/nach-ukrainischer-drohnenangriff-im-donbass-satellitenbilder-zeigen-truppenbewegung-richtung-ukraine_id_24385433.html und <https://www.nzz.ch/international/ukraine-russland-baut-in-grenznaehe-neue-stuetzpunkte-auf-id.1661940>
- 15 <https://www.mdr.de/nachrichten/welt/politik/russland-militaermanoever-kriegsschiffe-meere-100.html>
- 16 <https://www.kn-online.de/Nachrichten/Schleswig-Holstein/Russische-Marine-schickt-Panzerlandungsschiffe-in-die-Ostsee>
- 17 Der Artikel wurde in der Zeitschrift <https://zeitschrift-osteuropa.de/> veröffentlicht und kann dort erworben werden. Zitat: Seite 62.
- 18 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/grossbritannien-russland-ukraine-100.html>
- 19 Absichtserklärung des NATO-Gipfels 2008 zur Aufnahme der Ukraine und Georgiens.
- 20 <https://www.swp-berlin.org/publikation/ukraine-konflikt-eskalation-in-grenzen>
- 21 Eine Zusammenstellung findet sich hier: <https://atomkrieg-aus-versehen.de/>
- 22 <https://www.global2000.at/atomkraft-der-ukraine>
- 23 Newsletter von <https://www.thebureauinvestigates.com/projects/the-enablers> vom 29.1.22

-
- 24 <https://s2.washingtonpost.com/camp-rw/?trackId=61377c8fae7e8a0d500da667&s=61f379989d2fda14d70e01a7&linknum=4&linktot=60>
- 25 <https://www.welt.de/wirtschaft/plus235842776/USA-schicken-Tanker-Flotte-nach-Europa-und-durchkreuzen-Putins-Gas-Kalkuel.html>;
<https://amp.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/gasversorgung-russland-deutschland-ukraine-konflikt-100.html>
- 26 <https://taz.de/Konflikt-mit-Russland!/5828825/>
- 27 Großbritannien stellte im November 2021 umgerechnet 2 Milliarden Euro bereit, um die Marine der Ukraine neu aufzubauen. Es sollen Minenjagdboote, moderne Kriegsschiffe und Raketen geliefert werden. Siehe <https://taz.de/Konflikt-mit-Russland!/5828825/>
- 28 Insgesamt stellten die USA seit 2014 Hilfe im Werte von 2,5 Milliarden Euro. Siehe <https://taz.de/Konflikt-mit-Russland!/5828825/>
- 29 <https://taz.de/Konflikt-mit-Russland!/5828825/>;
https://www.ruestungsexport.info/user/pages/04.laenderberichte/ukraine/2021_Ukraine.pdf
- 30 <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-2897.html>
- 31 Aktion Aufschrei, <https://www.friedenskooperative.de/aktuelles/keine-waffenlieferungen-in-die-ukraine>
- 32 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/kampfdrohnen-tuerkei-hensoldt-100.html>); der Versöhnungsbund hat dazu einen Aufruf am 2.2. gestartet.
<https://www.versoenungsbund.de/2022-02-01-ukraine-konflikt-eskalation>
- 33 <https://www.foreignaffairs.com/articles/russia-fsu/2021-12-28/what-putin-really-wants-ukraine>;
<https://www.tagesschau.de/ausland/russland-usa-nato-antworten-101.html>;
<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/nato-russland-ukraine-elpais-101.html>
- 34 https://www.foreignaffairs.com/articles/ukraine/2022-01-27/putin-doctrine?check_logged_in=1&utm_medium=promo_email&utm_source=lo_flows&utm_campaign=registered_user_welcome&utm_term=email_1&utm_content=20220201
- 35 Russland:: <https://echo.msk.ru/blog/echomsk/2972500-echo/>
Automatic translation to English: https://echo-msk-ru.translate.gooq/blog/echomsk/2972500-echo/?x_tr_sl=ru&x_tr_tl=en&x_tr_hl=en-US&x_tr_pto=wapp
- Ukraine: <https://www.warresisters.org/statements-and-analysis-ukraine-january-2022>
- 36 FCAS: Future Combat Air System, ein System aus Flugzeug und Drohnen, das u.a. von Airbus entwickelt wird. Siehe <https://www.airbus.com/en/products-services/defence/multi-domain-superiority/future-combat-air-system-fcas>
- 37 Aufrufe und Erklärungen aus der Friedensbewegung (Stand 3.2.): Aktion Aufschrei (<https://aufschrei-waffenhandel.de/presseerklaerungen-1/27012022-keine-waffenlieferungen-in-die-ukraine>), Frieden links (<https://frieden-links.de/wp-content/uploads/2022/01/Krieg-gegen-Russland-final.pdf>), Internationaler Versöhnungsbund-Dt. Zweig (<https://www.versoenungsbund.de/2022-02-01-ukraine-konflikt-eskalation>), IPPNW (<https://www.ippnw.de/frieden/konflikte-kriege/ukraine.html>); <https://www.ippnw.de/presse/artikel/de/keine-waffenlieferungen-in-die-ukrai.html>), Pax Christi (<https://www.paxchristi.de/meldungen/view/5880999980302336/Dialog%20statt%20milit%C3%A4rische%20Eskalation>), Peace Pledge Union (<https://www.ppu.org.uk/news/peace-pledge-union-statement-ukraine-and-russia>), Komitee für Grundrechte und Demokratie (<https://www.grundrechtekomitee.de/details/ukraine-konflikt-deeskalieren-gemeinsame-sicherheit-mit-russland-suchen>), Forum Ziviler Friedensdienst (<https://www.forumzfd.de/de/ukraine-krise-den-krieg-abwenden-den-frieden-vorbereiten>); ein in Vorbereitung befindlicher Aufruf „Ukraine-Krise: Friedenspolitik statt Kriegshysterie!“ von Reiner Braun, Hugo Braun, Claudia Haydt, Ralf Krämer, Willi van Ooyen, Christof Ostheimer, Peter Wahl (<https://nie-wieder-krieg.org/>); Blogbeitrag von Martina Fischer (Brot für die Welt (<https://www.brot-fuer-die-welt.de/blog/2022-sicherheit-braucht-diplomatie-und-kooperation/>))

-
- 38 Peace Pledge Union statement on Ukraine and Russia, Friday 21 January 2022; Andreas Zumach, <https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/013988.html>
- 39 <https://www.paxchristi.de/meldungen/view/5880999980302336/Dialog%20statt%20milit%C3%A4rische%20Eskalation>
- 40 Aus einer Erklärung von *26 ehemaligen Botschaften und Generäle, Friedensforscherinnen und Theologinnen*, gen <https://www.karenina.de/news/kein-krieg-wegen-ukraine/>
- 41 <https://www.infosperber.ch/politik/russland-hat-im-baltikum-und-in-polen-keine-expansionsabsicht/> (Zusammenfassung von Vorträgen von Andreas Zumach)
- 42 <https://www.naisetrauhanpuolesta.org/ein-neues-gipfeltreffen-2025-im-geiste-der-konferenz-uber-sicherheit-und-zusammenarbeit-in-europa-ksze/>
- 43 <https://www.brot-fuer-die-welt.de/blog/2022-sicherheit-braucht-diplomatie-und-kooperation/>
- 44 <https://www.nzz.ch/wirtschaft/warum-der-westen-sanktionen-gegen-russland-aufheben-sollte-ld.1665936?reduced=true>
- 45 Erklärung der 26 ehemaligen Botschaftern usw.
- 46 <https://www.grundrechtekomitee.de/details/ukraine-konflikt-deeskalieren-gemeinsame-sicherheit-mit-russland-suchen>
- 47 ebenda
- 48 <https://aufschrei-waffenhandel.de/presseerklaerungen-1/27012022-keine-waffenlieferungen-in-die-ukraine>
- 49 <https://www.infosperber.ch/politik/russland-hat-im-baltikum-und-in-polen-keine-expansionsabsicht/> (Zusammenfassung von Vorträgen von Andreas Zumach)
- 50 <https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/013988.html>
- 51 Zum Beispiel <https://www.grundrechtekomitee.de/details/ukraine-konflikt-deeskalieren-gemeinsame-sicherheit-mit-russland-suchen>.
- 52 <https://www.deutschlandfunk.de/welche-hilfe-fuer-die-ukraine-interview-niels-annen-spd-z-zt-kiew-dlf-2b5b8108-100.html>; <https://www.kurviewustrow.org/ukraine>; <https://www.kurviewustrow.org/ukraine>; <https://www.forumzfd.de/de/ukraine>
- 53 <https://frieden-links.de/wp-content/uploads/2022/01/Krieg-gegen-Russland-final.pdf>
- 54 <https://www.forumzfd.de/de/ukraine-krise-den-krieg-abwenden-den-frieden-vorbereiten>
- 55 <https://pzkb.de/friedenslogik/>
- 56 <https://www.dw.com/de/moskau-und-minsk-starten-gemeinsame-milit%C3%A4rman%C3%B6ver/a-59121682>
- 57 Wenn keine andere Quelle angegeben, dann entstammen die Daten und Informationen dem Meldungsarchiv der www.tagesschau.de
- 58 https://foreignpolicy.com/2022/01/31/putin-russia-ukraine-frozen-ground/?utm_source=PostUp&utm_medium=email&utm_campaign=Editors%20Picks%20OC&utm_term=39228&tpcc=Editors%20Picks%20OC
- 59 https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-12/russland-ukraine-grenze-militaeruebung-wintermanoever?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F
- 60 Gabor Steingart: Das militärische Wettdrohen in Osteuropa geht unvermindert weiter, <https://www.thepioneer.de/originals/steingarts-morning-briefing/briefings/fed-die-munitionsfabrik-des-joe-biden,25.01.2022>
- 61 <https://www.sueddeutsche.de/politik/russland-ukraine-osze-lawrow-diplomatie-1.5519884?reduced=true>